

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 12

Artikel: Freiheit auch im Produktionsprozess : wir haben den Freiheitsbegriff zu Ende gedacht
Autor: Lafontaine, Oskar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340652>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir haben den Freiheitsbegriff zu Ende gedacht

Von Oskar Lafontaine

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es ist für mich eine grosse Ehre, anlässlich des Jubiläumskongresses der Schweizer Sozialdemokraten das Wort ergreifen zu dürfen und einiges sagen zu dürfen zur Zukunft der Sozialdemokratie.

Bevor ich diese Gedanken vortrage, möchte ich zunächst die Grüsse der Sozialistischen Internationale überbringen und insbesondere ihres Präsidenten Willy Brandt. Er lässt Euch herzlich grüssen und wünscht Euch viel Erfolg. Ebenso überbringe ich die Grüsse der deutschen Sozialdemokratie und insbesondere des Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel. Wir wünschen Euch ebenfalls viel Erfolg, und wir wünschen uns gemeinsam eine gute Zukunft.

Wenn man über die Zukunft der Sozialdemokratie spricht, ist es notwendig, sich die grossen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft vor Augen zu führen. Ich glaube, dass wir drei grosse Zukunftsaufgaben sehen müssen:

- Da ist zunächst die *Sicherung des Friedens* als vorrangiges Ziel jeder Politik.

- Da ist zum zweiten – und diese Aufgabe wird immer dringender – die *Sicherung unserer Lebensgrundlagen*, die Bewahrung unserer Umwelt.

- Und da ist zum dritten die immerwährende Aufgabe jedes sozialen Demokraten, dafür einzutreten, dass die *Güter dieser Welt gerecht verteilt* werden. Und hier denke ich in erster Linie an den Hunger in der Dritten Welt.

Solidarität als Grundwert

Wenn man diese drei grossen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft sieht, dann stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage wir in den nächsten Jahren die Politik entwickeln und an welchen Traditionen wir uns dabei orientieren.

Es gibt zwei Werte, an denen sich Sozialdemokraten in aller Welt orientieren: das ist die Freiheit, und das ist die Schwester der Freiheit nach unserem Verständnis, das ist die Solidarität.

Für uns kann Freiheit nicht ohne Solidarität gedacht werden, und Solidarität kann auch nicht ohne Freiheit gedacht werden.

Wenn wir die grossen Zukunftsaufgaben betrachten, dann glaube ich, dass die Zukunft der Sozialdemokraten so zu beschreiben ist, dass es angesichts dieser Zukunftsaufgaben unsere Rolle sein wird, dazu beizutragen, dass dem Grundwert der Solidarität zum Durchbruch verholpen wird. Wir fassen hier in Europa mehr oder weniger alle auf der bürgerlichen Revolution in Frankreich. Ich glaube, dass man sagen kann, dass der Grundwert der Freiheit einiger-massen eingelöst wurde. Ich glaube, dass man sagen kann, dass wir noch weit davon entfernt sind, dass der Grundwert der Gleichheit eingelöst ist.

In jedem Fall aber kann man sagen, dass die Brüderlichkeit – die wir heute auch Schwesterlichkeit nennen – nach wie vor die uneingelöste Formel der bürgerlichen Revolution ist und

dass wir die grossen Aufgaben unserer Zukunft nur bewältigen können, wenn wir uns an dem Grundwert der Solidarität, das heisst an Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit, orientieren.

Friedenssicherung und Rüstung

Ich beginne zunächst einmal mit der *Friedenssicherung*. Zu Beginn der achtziger Jahre erlebten wir eine Renaissance der Neokonservativen. Die Aussenpolitik der Neokonservativen war dadurch geprägt, dass man glaubte, durch immer mehr Rüstung den Frieden sichern zu können. An der Spitze dieser Bewegung stand Ronald Reagan.

Wir haben uns mit ihm und mit seiner Politik auseinandergesetzt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die enormen Rüstungsaufwendungen in den Vereinigten Staaten Hunger in der Dritten Welt bedeuten, und wir haben darauf hingewiesen, dass die enormen Rüstungsaufwendungen der Vereinigten Staaten Europa vor grosse Probleme stellt.

Wir hatten eine Internationalisierung der Zinsmärkte. Die Höhe des Realzinses war bestimmt vom amerikanischen Zinsniveau. Das amerikanische Zinsniveau konnte nicht ohne den Rüstungsetat begriffen werden, und dies führte dazu, dass notwendige Investitionen in Europa unterblieben und freiwerdende Mittel als Anlagen in die Vereinigten Staaten abflossen. Ein klassischer Beweis, dass Rüs-

stung keine Arbeitsplätze schafft, sondern dass Rüstung Arbeitsplätze vernichtet. Wenn wir in Gesamteuropa dem Ziel der Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren wirklich näher kommen wollen, dann müssen wir auch deshalb – nicht allein, aber auch deshalb – die Rüstungsausgaben drastisch reduzieren.

Diese Politik hat grosse Tradition in der Arbeiterbewegung. Und sie hat Tradition in der Sozialdemokratie. Wir waren von Anfang an eine internationale Bewegung. Wir konnten nicht begreifen, dass Frieden durch das Gegeneinander-Rüsten gesichert werden sollte. Zur Tradition der Sozialdemokraten und der Arbeiterbewegung gehörte es auch, dass sich Arbeiter lange Zeit – etwa vor dem Ersten Weltkrieg – dagegen wehrten, Rüstungsgüter, Waffen zu produzieren, weil sie in der Tradition des Internationalismus nicht dazu beitragen wollten, dass mit eben diesen Waffen ih-

re Brüder in anderen Ländern umgebracht wurden.

Die Sicherheitspartnerschaft

Das war die Tradition der Arbeiterbewegung; und wenn wir heute an diese Tradition wieder anknüpfen, dann werden wir erkennen, dass das Hochrüsten der Vergangenheit angehören muss und dass wir in einer total überrüsteten Welt endlich gehalten sind, erste Schritte der Abrüstung zu unternehmen. Im übrigen glaube ich, dass die Entwicklung der letzten Jahre dazu geführt hat, dass auch die Konservativen dieser Welt mehr und mehr begreifen, dass das Gegeneinander-Rüsten nicht die Grundlage des Friedens sein kann. Der Abrüstungsvertrag, der zwischen Reagan und Gorbatschow paraphiert wurde, war nur möglich, weil man sich an einem sozialdemokratischen Politikmodell orientierte. Und dieses Politikmodell heisst nun einmal: nicht gegeneinander rü-

sten, sondern in der Tradition der Solidarität, in der Tradition einer Politik, die auf Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit fusst, zu erkennen, dass wir in einer total überrüsteten Welt unseren Frieden nur noch gemeinsam finden können.

Die Sozialdemokraten haben die Idee der «Sicherheitspartnerschaft» entwickelt. Dieser Begriff der «Sicherheitspartnerschaft» wird mehr und mehr aufgenommen in der weltweiten Diskussion.

Er wurde aufgenommen von Gorbatschow. Er war auch Grundlage der Vereinbarungen, die in den letzten Monaten zustande gekommen sind. Wir können nur hoffen, und wir werden unsere Beiträge dazu leisten, dass die Weltpolitik auf diesem Weg voranschreitet.

Bedrohungen abbauen

Wir sind – was unsere Diskussion angeht – sogar noch einen Schritt weiter gegangen: Es ge-



hört zur Tradition, dass wir immer wieder über die Struktur der Rüstung, der militärischen Anstrengungen diskutieren. Das Ziel ist klar, und wir müssen versuchen, dieses Ziel in Etappen zu erreichen. Daher haben wir nicht nur den Begriff der «Sicherheitspartnerschaft» geprägt, sondern ebenso den Begriff der «strukturellen Nicht-Angriffsfähigkeit». Wenn schon – und das ist hier immer noch die mehrheitliche Auffassung – militärische Anstrengungen für die Mehrheit unverzichtbar erscheinen, dann lohnt es sich, über die Struktur dieser militärischen Anstrengungen zu diskutieren. «Strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit» heisst nun einmal, militärische Optionen so aufzubauen, dass der Angriff auf ein anderes Land nicht möglich ist.

Ich freue mich darüber, dass die Warschauer-Pakt-Staaten diesen Begriff aufgegriffen haben und dass sie angeboten haben, im Zuge der Abrüstung über «strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit» zu diskutieren. Wenn wir schon nicht in einem Schritt dahin gelangen werden, dass wir alle Waffen abschaffen, dann wollen wir zum mindesten durch eine vernünftige Struktur unserer Sicherheitsanstrengungen Bedrohungen wegnehmen, Ängste abbauen, um so die Grundlagen für weitere Schritte zu schaffen. Dass die Sicherheitspolitik und die Rüstungspolitik untrennbar verbunden sind mit dem Schicksal der Dritten Welt, ist allgemein bekannt. Willy Brandt hat vor Jahren einen Bericht zu diesem Thema vorgelegt. Er hat deutlich gemacht, mit welcher geringen Anstrengungen im Grunde genommen wir schon dahin kommen könnten, den Hunger in der Welt zu bekämpfen, wenn wir uns einmal dazu aufraffen würden, einen Teil der Gelder, die aufgewendet werden, um die Rüstung zu finanzieren, einzu-

setzen, um den Hunger in der Dritten Welt zu bekämpfen.

Kritische Fragen an uns selber

Ich soll reden über die Zukunft der Sozialdemokratie, und ich sprach darüber, dass sozialdemokratische Politik nur zu konzipieren ist, wenn dem Grundwert der Solidarität zum Durchbruch verholfen wird.

Aber hier glaube ich, haben wir kritische Fragen an uns selbst zu stellen, die Fragen nämlich, ob die Nachrichten, die uns täglich erreichen, über den Hunger und über das Elend in der Dritten Welt, bei uns selbst noch irgend etwas bewirken.

Es gab mal in früheren Jahren Epochen in der europäischen Geschichte, in denen Schlimmes passiert ist. Und wenn die Generation, die damals Verantwortung trug, später darauf angesprochen wurde, dann haben viele gesagt: «Wir wussten von alledem nichts.»

Zeitalter der Teilnahmslosigkeit

Was den Hunger in der Dritten Welt angeht, liebe Genossinnen und Genossen, wird uns diese Ausrede nicht mehr zur Verfügung stehen. Solidarität hat etwas zu tun mit Mitempfinden, mit Mitleiden. Wenn es nicht gelingt, wirklich Anteil zu nehmen an dem Schicksal der Menschen in der Dritten Welt, wenn wir nicht erkennen, dass unsere Art zu leben etwas mit dem zu tun hat, was dort passiert, und wenn wir alle nicht fähig sein werden, aus dieser Anteilnahme heraus unser Verhalten und damit unsere Politik zu ändern, dann wird dieses Zeitalter einmal als das «Zeitalter der Teilnahmslosigkeit» in die Geschichte eingehen.

Wenn Sozialdemokratie eine Zukunft haben soll, dann muss Solidarität praktisch gelebt wer-

den, und das heisst, wir alle müssen viel grössere Anstrengungen unternehmen, um den Hunger in der Dritten Welt zu bekämpfen, weil sonst das Bekenntnis zur Solidarität zum Lippengebet oder zur Leerformel verkommt. Und ich glaube, wir haben alle Grund, da noch etwas nachzulegen.

Umwelt: die Reichweite des Handelns

Natürlich hat dieses Thema der Rüstungspolitik auch etwas zu tun mit der zweiten grossen Zukunftsaufgabe, von der ich gesprochen habe, der Aufgabe nämlich, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren; unsere Umwelt zu bewahren. Wir leben in einer Zeit, die die Politik – die uns alle – vor Herausforderungen stellt, die es noch niemals gab. Das Atomzeitalter hat das menschliche Handeln grundlegend verändert. Das Entscheidende ist, dass die Reichweite menschlichen Handelns noch niemals so gross war, wie in unserem Zeitalter.

Ein Beispiel: Plutonium strahlt 500 000 Jahre. Der Philosoph Günther Anders sagte einmal: «Wir leben heute in einer Zeit, in der die Menschen nicht mehr wissen, was sie eigentlich produzieren.» Er sagte: «Unsere Phantasie reicht nicht mehr aus, um die Qualität unserer eigenen Produkte zu begreifen.»

Am Beispiel des Plutoniums kann man deutlich machen, was da eigentlich gemeint ist. Wer von uns kann sich vorstellen, was 500 000 Jahre sind? Wer hat einen Begriff davon? Und dennoch, wenn heute irgendwo entschieden wird, Atomreaktoren laufen zu lassen, wird damit entschieden, dass Plutonium produziert wird. Die Regierungen, die in der Regel diese Entscheidungen verantworten, sie werden für vier oder für fünf Jahre

gewählt. Aber die Reichweite ihres Handelns dauert 500 000 Jahre.

Die neue Dimension der Solidarität

Und dies gibt dem Begriff der Solidarität, liebe Genossinnen und Genossen, eine andere, eine ganz neue Dimension. Wir waren es früher gewohnt, vielleicht darüber nachzudenken, welche Zukunft wir unseren Kindern und Kindeskindern hinterlassen. Heute geht es um eine ganz andere Dimension. Heute geht es um einen Zeitraum, den ich versucht habe, am Beispiel des Plutoniums darzustellen, und um die Frage, ob wir überhaupt in der Lage sind, solche Zeiträume zu überblicken und das Handeln, das diese Zeiträume umfasst, zu verantworten.

Auf jeden Fall geht es auch hier um Solidarität und um Freiheit. Freiheit heisst nun einmal das Recht eines jeden Menschen, sein Leben selbst zu bestimmen. Und Generationen und Generationen, die uns folgen sollen, sollen dieses gleiche Recht haben. Sie sollen auch die Möglichkeit haben, ihre Lebensbedingungen zu bestimmen.

Hier wirken Freiheit und Solidarität zusammen. Selbst wenn wir – die jetzt Lebenden – zur Auffassung gelangen würden: Wir sagen «ja» zur Kernenergie, wir sagen «ja» zur Produktion von Plutonium, wir wären nach meiner tiefsten Überzeugung – angesichts unserer Verpflichtung für Freiheit und Solidarität – nicht berechtigt, die Lebensbedingungen von Generationen und Generationen, die uns folgen sollen, unzulässig zu beeinträchtigen, weil sie keine Lobby haben und weil sie nicht gefragt werden können, ob sie mit unserer Erbschaft «Plutonium» und all den anderen Materialien leben wollen. Das ist die neue Dimension.

Energieumwandlung vermindern

Solidarität hat natürlich auch etwas damit zu tun, wie man mit der Mit-Welt – wie es Klaus Michael Meyer Abich einmal formuliert hat – umgeht; also mit der Umwelt.

Wenn heute die Frage aufgeworfen ist: Was ist denn Umweltschutz, was müssen wir denn Entscheidendes leisten, um unsere Umwelt zu erhalten? Dann gibt es nach meiner Überzeugung eine einzige Antwort: Wir müssen die Energieumwandlung verringern. Wir müssen weniger Energie verbrauchen. Alles, was wir mit Abgasen, mit Abwässern, mit Schmutz verbinden, ist die Folge von Energieumwandlungsprozessen. Wenn man im Zentrum ansetzen will, bei der Aufgabe, die Umwelt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, dann muss man die Energieumwandlung reduzieren. Das heisst: man muss sie verteuern.

Das ist eine aktuelle Diskussion, die wir derzeit in der Bundesrepublik führen, und sie greift dem vor, was wir Sozialdemokraten in den nächsten Jahren leisten wollen.

Die soziale und ökologische Dimension der Ökonomie

Es wird viel diskutiert über Steuerreform. Einige orientieren sich an dem, was in Amerika gelaufen ist. Andere orientieren sich an dem, was in England in den letzten Jahren gelaufen ist. Dies sind Steuerreformen, die nach unserem Verständnis keine modernen Steuerreformen sind, weil sie auf ökonomischen Kategorien fussen wie gehabt.

Aber moderne Ökonomie kann heute die soziale Dimension und die ökologische Dimension nicht vernachlässigen. Eine wirkliche Steuerreform, die den Erfordernissen unserer Zeit

Rechnung trägt, muss zweierlei versuchen:

- Sie muss angesichts der Arbeitslosigkeit in den europäischen Mitgliedstaaten versuchen, die Arbeiten über die Lohnsteuern nicht zu verteuern, sondern sie durch Steuersenkung zu entlasten.

- Sie müsste auf der anderen Seite aufgrund der zunehmenden Umweltverschmutzung dazu beitragen, dass weniger Energie verbraucht wird. Das heisst: wir müssen die Energiesteuern erhöhen.

In den letzten Jahren ist die Entwicklung anders herum gelaufen. In der Bundesrepublik beispielsweise haben sich die Lohnsteuern verzwanzigfacht. Die Energiesteuern versechsfacht oder verelffacht. Das ist eine falsche Steuerpolitik.

Wenn wir das Wort «Steuern» einmal wörtlich interpretieren, dann wollen wir ja irgend etwas in die richtige Richtung steuern. Und in die richtige Richtung steuern heisst jetzt etwa – insbesondere angesichts fallender Ölpreise – nicht zuzulassen, dass die Energieumwandlung wieder steigt (und dann wundern wir uns nachher blauäugig, dass die Umwelt immer weiter zerstört wird), sondern richtiges Steuern heisst jetzt, die Energieumwandlung zu verteuern. Es führt nach meiner Auffassung kein Weg daran vorbei, wenn die ganzen Bekenntnisse zum Erhalt unserer Umwelt praktische Konsequenzen in unserem Wirtschaftsleben haben sollen.

Damit ich nicht missverstanden werde, das ist kein Plädoyer für Steuererhöhungen insgesamt, sondern ich habe auf der anderen Seite im gleichen Zuge bei der Besteuerung der Erwerbseinkommen Entlastungen gefordert.

Wir müssen doch den Verbrauchern die Chance geben, sich vernünftig zu verhalten. Denn

Umweltschutz ist ja nicht etwas, was man delegieren kann an irgendeine Regierung oder an irgendeinen Parteivorstand oder an irgendein anonymes Gremium, Umweltschutz ist etwas, was jeden einzelnen von uns in die Pflicht oder in die Verantwortung nimmt, denn diese ganzen sogenannten «Umweltkatastrophen», die leicht zu der Idee verführen, als hätten wir alle nichts damit zu tun, als gäbe es da irgendein anonymes Kräfteverhältnis, das plötzlich dann Katastrophen produziert, diese ganze Entwicklung ist nur dann wirklich in den Griff zu kriegen, wenn wir alle erkennen, dass wir es sind, die die Umwelt belasten und die sie verschmutzen und die im Grund genommen die Ursache für die Katastrophen sind. Wenn wir dies erkannt haben, dann müssen wir eben die Möglichkeit schaffen, dass jeder sich vernünftig verhält. Das heisst, dass eben verringerter Energieverbrauch belohnt wird, während stärkerer Energieverbrauch verteuert und damit eben bestraft wird. Ich halte dies für eine dringend notwendige Reform.

Zukunft mit internationalen Lösungen

Dies hat auch Bedeutung für die Europäische Gemeinschaft. Das Gegeneinander der Nationalstaaten ist allein schon unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes auf Dauer nicht mehr hinnehmbar.

Ich sprach vorhin davon, dass die Sozialdemokraten aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind und dass an der Wiege der Arbeiterbewegung der Internationalismus stand. Gerade die Technologie, die Entwicklung der Umweltkatastrophen zeigt doch, dass der Nationalstaat im Grunde genommen schon eine historische Kategorie ist. Der Unfall von Tschernobyl beispielsweise oder die

Rheinverseuchung, dies sind Probleme, die in den Kategorien eines Nationalstaates gar nicht mehr zu lösen sind. Die radioaktiven Wolken von Tschernobyl störten sich nicht an irgendeiner nationalen Grenze.

Diese Ereignisse zeigen doch, dass wir jetzt immer mehr zu internationalen Lösungen kommen müssen. Und eine internationale Lösung, die wir vorbereiten – die schon immer in unserem Programm stand –, ist, den Weg zu einem vereinten Europa zu gehen.

Ich weiss, dass das hier in der Schweiz zu besonderen Diskussionen geführt hat. Aber ich glaube, dass Friedenssicherung und Umweltschutz klassische Beispiele dafür sind, dass wir nur noch in internationalen Lösungen Zukunft finden werden. Weil die Sozialdemokraten sich immer zum Internationalismus bekannt haben, haben sie Zukunft. Denn solche Politikmodelle, für die ich hier werbe, sind klassische Politikmodelle der Sozialdemokratie. Sie lassen sich ableiten aus unserer Geschichte und aus unseren Traditionen.

Die sozialen Probleme Europas

Ich sprach von der Friedenssicherung und vom Erhalt unserer Umwelt. Ich sprach von dem Grundwert der Solidarität, und ich möchte nun etwas sagen zu den sozialen Problemen in Europa, die sich in der Schweiz anders darstellen als bei uns. Aber ich glaube, die Politikansätze, die man zu diskutieren hat, sind in jedem Land ähnlich zu diskutieren.

Was uns beschäftigt in Europa, ist die zunehmende Arbeitslosigkeit. Ich sprach davon, dass wir nur dann die Probleme der Dritten Welt lösen werden, wenn es gelingt, dem Grundwert der Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen. Ich habe mir

oft die Frage gestellt, warum das so schwer möglich ist. Eine Antwort ist auf jeden Fall die, dass man zur Solidarität mit der Dritten Welt nicht fähig ist, wenn man sie direkt um die eigene Haustür nicht praktizieren kann. Solidarisches Verhalten ist konkret, will täglich gelebt werden und erschöpft sich nicht in Resolutionen über die Probleme ferner Länder.

Eine Gesellschaft ist nur dann solidarisch – beispielsweise für die Industriestaaten Europas –, wenn sie in der Lage ist, denen, die Arbeit suchen, auch Arbeit zu geben. Das ist eines der grossen Probleme in der Bundesrepublik und auch in vielen anderen europäischen Ländern. Es kann nicht sein, dass unser Wohlstand zu gering sei, um diese Frage zu lösen. Wir haben in Mitteleuropa einen Wohlstand, den wir noch niemals vorher hatten. Die Menge der produzierten Waren, Güter und Dienstleistungen ist so hoch, dass man sich vor dreissig Jahren dies noch nicht vorstellen konnte.

Die falsche Organisation der Arbeit

Als ich aufgewachsen bin beispielsweise, war das Sozialprodukt ein Viertel von dem, was es heute in der Bundesrepublik ist. Die Frage, ob die Menschen damals so viel unglücklicher waren als heute, will ich hier jetzt nicht aufwerfen. Aber ich will die Tatsache, dass damals das Sozialprodukt ein Viertel war, doch zum Beweis heranziehen für die Behauptung, dass wir heute die Arbeitslosigkeit nicht deshalb haben, weil unser Wohlstand zu gering sei, sondern wir haben sie deshalb, weil wir das Arbeitsleben falsch organisiert haben, weil wir die Arbeit falsch verteilt haben.

Dies führt zu einer Debatte, die wir jetzt notwendigerweise führen müssen: Was ist überhaupt

Arbeit? Und das hat etwas zu tun mit der Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft.

Die Arbeiterbewegung hat zu lange gestarrt auf die Erwerbsarbeit, auf die bezahlte Arbeit. Sie leistete es sich zu lange, die nicht bezahlte Arbeit (die Arbeit im Haus, die Pflege der Kranken, das Grossziehen der Kinder) als Nichtarbeit zu betrachten.

Und die Debatte heute, liebe Genossinnen und Genossen, etwa um die Sonntagsarbeit zeigt, dass man immer noch von dem traditionellen Arbeitsbegriff ausgeht. Ich rate all denjenigen, die über das Verbot der Sonntagsarbeit diskutieren, einmal mit Frauen zu reden, die eine grosse Familie zu versorgen haben. Ich weiss nicht, wie die zu einem Verbot der Sonntagsarbeit stehen.

Arbeit = Erwerbsarbeit?

Wir führen diese Debatte derzeit in der Bundesrepublik, und es zeigt sich wieder, dass unsere Männergesellschaft tatsächlich unter Arbeit nur die Erwerbsarbeit versteht. Sonst wäre nämlich die Debatte so, wie sie jetzt geführt wird, überhaupt nicht möglich.

Hätte man den umfassenderen Arbeitsbegriff, der eben nicht nur die bezahlte Arbeit umfasst, dann würde die Debatte auf einem anderen Hintergrund geführt werden, und sie käme auch zu anderen Ergebnissen.

Ich plädiere dafür, dass wir zu einem umfassenderen Arbeitsbegriff kommen, weil er für mich die Grundlage ist, dieses andere Ziel – die Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft – überhaupt anzugehen und durchzusetzen.

Wir Sozialdemokraten, wir wollen folgendes in der Zukunft anstreben: Wir wollen allen Frauen, die Erwerbsarbeit suchen, die Möglichkeit geben, Er-

werbsarbeit zu finden. Wir wollen die Arbeitswelt so organisieren, dass Frauen und Männer sich in gleichem Umfang an der Erwerbsarbeit und an der nicht bezahlten Arbeit beteiligen können.

Das hat etwas zu tun mit dieser Formel der Gleichheit von der bürgerlichen Revolution, von der ich sprach, und das hat etwas damit zu tun, dass es damals Brüderlichkeit hiess und dass wir heute diese Formel um die Schwesterlichkeit ergänzen müssen.

Es ist das grosse Thema der Sozialdemokraten – seit August Bebel beispielsweise – in der Bundesrepublik gewesen, die Gleichheit der Frauen in Beruf und Gesellschaft durchzusetzen. Und wenn wir ehrlich sind, so sind wir vielleicht ein klein wenig vorangekommen, aber wir sind bei weitem nicht so weit vorangekommen, wie Bebel und andere es bereits vor Jahrzehnten geschrieben und als Programm aufgegeben haben.

Arbeit anders verteilen

Nun zur Debatte über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit: Ich sprach davon, dass die Arbeit falsch verteilt ist. Wir haben in der Bundesrepublik eine statistische Reihe, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, und die zeigt uns, dass das Volumen der Erwerbsarbeit von Jahr zu Jahr insgesamt sinkt.

Die bezahlten Arbeitsstunden werden registriert, und wir erleben seit Beginn der siebziger Jahre, dass das Volumen der Erwerbsarbeit immer weiter zurückgeht. Wenn das so ist, dann gibt es eine einzige Antwort darauf: man muss die Arbeitszeit weiter verkürzen, das heisst, die Arbeit anders verteilen.

Dass das natürlich bei Kopfarbeitern anders aussieht als bei Handarbeitern, das ist klar. Und dass das nicht undifferenziert

vor sich gehen kann über alle Bereiche und Branchen nach gleichem Muster, ist ebenso klar. Aber insgesamt führt kein Weg daran vorbei, dass man bei sinkendem Volumen der Erwerbsarbeit – dann, wenn man alle an der Erwerbsarbeit beteiligen will – die Arbeitszeit weiter verkürzen muss. Es führt kein Weg daran vorbei, das ist logisch.

Solidarität über Tarifpolitik

Aber wenn man dies wiederum tut, dann muss man natürlich auch die Frage beantworten: Wie ist das denn zu finanzieren? Wir haben zurzeit in der Bundesrepublik die grosse Steuerreform. Die führt dazu, dass die Bezieher grosser Einkommen entlastet werden. Die Konservativen meinen, dass dies die Leistung fördert und dass man so die Arbeitslosigkeit beseitigen kann.

Wir haben da einige Zweifel. Zumindest haben wir in den letzten Jahren gesehen, dass die Rezepte nicht unmittelbar greifen. Und daher waren wir der Auffassung, dass es vernünftiger gewesen wäre, die kleineren Einkommen zu entlasten und die überdurchschnittlichen Einkommen nicht zu entlasten und diese Gelder einzusetzen, um Beschäftigungspolitik zu finanzieren.

Das ist möglich, das ist praktiziert worden, geht in einigen Ländern, ich nenne als Stichwort nur Schweden. Das schwedische Modell ist nicht immer populär. Es belastet z. B. die Arbeitseinkommen sehr hoch.

Aber das schwedische Modell ist deshalb für jeden, der Beschäftigungspolitik machen will, interessant, weil wir dort eine enorm hohe Frauen-Erwerbsquote haben und weil die Arbeitslosigkeit in Schweden sehr niedrig ist, also weil dort das praktiziert wird, was wir wollen.

Es geht aber nicht nur über die Steuerpolitik. Ich glaube, dass insbesondere im öffentlichen Dienst – und auch hier orientiere ich mich am schwedischen Beispiel – es ab einer bestimmten Gehaltskategorie möglich gewesen wäre, einmal auf den Zuwachs von Einkommen zu verzichten und aus den freiwerdenden Mitteln neue Arbeitsplätze zu finanzieren. Das war die Diskussion bei uns in der Bundesrepublik.

Kein Lohnverzicht

Ich war der Auffassung, dass man nicht immer nur von Solidarität reden kann, sondern dass man Solidarität auch einmal praktizieren muss, dass dieses Solidaritätsgebot sich auch in der Tarifpolitik niederschlagen muss und dass es sehr wohl möglich ist, eben ab einer gewissen Gehaltsstufe auch einmal auf Zuwächse zu verzichten, um Gelder zur Verfügung zu stellen, um diejenigen in das Arbeitsleben zu integrieren, die seit Jahren draussen sind. Das war die erste grosse Diskussion. Das hat nichts zu tun mit «Lohnverzicht» oder mit «Lohnraub» oder wie das manchmal dann in der polemischen Auseinandersetzung genannt worden ist. Das hat für mich schlicht etwas damit zu tun, ob wir in der Lage sind, uns solidarisch zu verhalten, gemeinsame Anstrengungen zu machen, für diejenigen, die keinen Arbeitsplatz haben.

Arbeitszeit neu organisieren

Als zweites kommt dann die Debatte um die Maschinenlaufzeit. Wenn wir an dem Ziel der Befreiung von der Arbeit festhalten – und dies ist ja ein uraltes Ziel der Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung –, das heisst, wenn die Erwerbsarbeits-

zeiten immer kürzer werden, dann drängt sich doch logisch die Frage auf, sollen dann auch die Produktionsanlagen, die Maschinen immer kürzere Zeit laufen? Oder müssen wir, um dies zu finanzieren, nicht dazu kommen, dass wir die Maschinenlaufzeiten trennen, entkoppeln von den persönlichen Arbeitszeiten derjenigen, die im Erwerbsleben stehen.

Ich glaube, die Schlussfolgerung ist zwingend: wenn die Arbeitszeiten immer kürzer werden, dann müssen – vereinfacht gesprochen – die Maschinen länger für uns arbeiten, das heisst länger laufen. Das heisst, wir stehen vor der Aufgabe, die Arbeitszeiten so zu organisieren, dass längere Maschinenlaufzeiten möglich sind, gleichzeitig aber die sozialen Ziele der Arbeiterbewegung nicht zu kurz kommen. Was heisst das?

Selbstbestimmung der Arbeitszeit

Wir wollen kurze Arbeitszeiten, und wir wollen in immer grösserem Umfang, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheiden können – mehr als bisher –, an welchen Tagen und zu welchen Zeiten sie arbeiten.

Das heisst, wenn man dafür plädiert, die Arbeitszeiten flexibler zu gestalten, dann muss unmittelbar zu diesem Vorschlag die Forderung hinzu, dass in diesem Prozess der Einzelne mehr Recht haben soll, seine Arbeitszeiten selbst auszuwählen.

Wir diskutieren in der Bundesrepublik über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Wir haben aber bereits Arbeitszeiten von nur noch 26 oder 28 Stunden: in der Fertigung nämlich übers Wochenende. Ein Beispiel: Der Reifenhersteller «Continental» produziert im Saarland direkt bei uns an der französischen Grenze

und hat eine Wochenendschicht eingeführt. Freitag, Samstag und Sonntag. Die Leute arbeiten dort 28 Stunden und erhalten das Geld für 36 Stunden. Und sie haben die ganze Woche praktisch frei. Es gibt viele, die das so wollen. Und eine intelligente Organisation der Arbeitswelt muss dazu führen, dass diejenigen, die das wollen, es auch tun können und dass aus dem ganzen Prozess dann finanziert wird, was wir gemeinsam erreichen wollen, nämlich eine immer kürzere Arbeitszeit der Beschäftigten. Wenn man also in eine andere Organisation der Arbeitszeiten das Element der persönlichen Gestaltung, der persönlichen Wahlfreiheit mit einführt, dann meine ich, kann diese Diskussion um die Wochenendarbeit weniger ideologisch belastet, sondern im Hinblick auf das, was wir wollen, freier diskutiert werden.

Ich weiss nicht, wie die Gewerkschaften hier in der Schweiz dazu stehen. Bei uns gibt es unterschiedliche Positionen innerhalb der Gewerkschaften zu dieser Fragestellung. Ich meine, dass der konsequente Ansatz doch der ist, dass man dabei ein höchstmögliches Mass an Entscheidung derjenigen durchsetzen muss, die von dieser Organisation der Arbeitszeiten betroffen sind.

Es gibt eine ganze Reihe brauchbarer Modelle. Eines habe ich genannt, ein anderes ist vielleicht bekannt bei BMW. Dort arbeitet man vier Tage ohne den Sonntag und hat drei Tage frei. Dieses Modell ist mehr und mehr auch innerhalb der Belegschaft populär und wird uns jetzt, insbesondere angesichts des europäischen Marktes, mehr und mehr vor die Herausforderung stellen, dass diese «versetzten Arbeitszeiten», wie das auf Fachchinesisch heisst, mehr und mehr den Produktionsprozess bestimmen werden.

Kürzere Arbeitszeiten durchsetzen

Ich glaube dies hier deutlich machen zu sollen, weil die Diskussion bei uns teilweise so geführt wurde, als ginge es darum, den Leuten, die die ganze Woche arbeiten, zuzumuten, dann am Wochenende auch noch zu arbeiten. Nein, darum geht es überhaupt nicht.

Es geht darum, das Ziel «kürzere Arbeitszeiten» durchzusetzen. Es geht darum, das Ziel «freie Wahl des Einzelnen, zu welchen Zeiten er arbeiten will» anzugehen. Und es geht darum, das Ganze auch finanzieren zu können. Dies ist eine Diskussion, die wir führen müssen angesichts des europäischen Marktes, weil die Mitgliedstaaten in Europa dieses Thema ohnehin unterschiedlich angehen. Kürzlich hat jemand gesagt: «Zehn Kilometer vom Vatikan regt sich niemand mehr über Wochenend-Arbeit auf.» Während in der Bundesrepublik das ein geheiligtes Thema ist. Ich weise heute nur darauf hin, dass diese Diskussion auf der Grundlage eines veralteten Arbeitsbegriffes geführt wird, eines Arbeitsbegriffes, der nur die Erwerbsarbeit als Arbeit anerkennt und der übersieht, dass es da eben einen grossen gesellschaftlich notwendigen anderen Teil von Arbeit gibt, der zwar nicht bezahlt ist, ohne den unsere Gesellschaft aber nicht funktionieren könnte. Wenn wir also diesen anderen Teil der Arbeit auch sehen, dann gewinnen plötzlich Arbeitszeitregelungen, in denen man drei Tage oder vier Tage frei hat, in denen man wählen kann, wann man arbeiten will, auch eine ganz andere Bedeutung für das Ziel der Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft. Das Ganze, was ich jetzt vorgetragen habe, hat eine Überschrift gehabt: «Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und gleichberech-

tigte Teilhabe aller an der gesamtgesellschaftlich notwendigen Arbeit.»

Mut zur Unpopularität

Es hat vielleicht manchmal den Eindruck gemacht, als würden dabei zu sehr ökonomische Kategorien dominieren. Aber ich glaube auch, dass Sozialdemokraten erkennen müssen, dass die hohen sozialen Ziele, die wir erreichen wollen – und immer kürzere Arbeitszeiten, Beteiligung aller am Arbeitsleben und Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft, das sind hohe soziale Ziele –, dass diese hohen sozialen Ziele nur erreicht werden können, wenn wir uns auch über die Finanzierung dieser Ziele Gedanken machen und redlich argumentieren. Nur das Wünschenswerte immer aufzuzählen und die unbequeme Frage zu scheuen, wie das Ganze denn finanziert werden kann, das ist keine sozialdemokratische Politik. Sozialdemokratische Politik ist, auch manchmal Unpopuläres auszusprechen, solange man immer wieder politische Inhalte vertritt, denen dann das Ökonomische untergeordnet wird. Die Ökonomie kann nicht dominieren, sondern sie muss dienen. Aber ohne Ökonomie geht es eben nicht. Das ist die Debatte, die wir derzeit in der Bundesrepublik führen.

Ich sprach davon, dass Freiheit und Solidarität die Grundwerte jeder sozialdemokratischen Politik sein müssen, und die Frage, die oft aufgeworfen wird, ist die: Wodurch unterscheidet sich denn – wenn beispielsweise Marktorientierung gemeinsames Programm der grossen Volksparteien ist, wenn beispielsweise das Festhalten an einem Sozialstaat unbestritten ist unter den grossen Volksparteien –, wodurch unterscheidet sich denn sozialdemokratische Poli-

tik etwa von freisinniger oder bürgerlicher Politik?

Die Arbeitswelt und der Freiheitsbegriff

Ich glaube, dass es eine Nahtstelle gibt, die für jeden erkennbar ist und die ich wie folgt beschreiben will: Die Sozialdemokratie hat den Freiheitsbegriff zu Ende gedacht.

Wir hatten in der Bundesrepublik zu Beginn der siebziger Jahre wahlpolitische Auseinandersetzungen, die von den Konservativen so geführt worden sind: Freiheit oder Sozialismus. So, als sei der Sozialismus eine freiheitsgefährdende politische Theorie. Und wir haben den Konservativen entgegengehalten: «Ihr habt den Freiheitsbegriff nicht zu Ende gedacht.» Warum? Er ist in unserer Gesellschaft noch nicht zu Ende gedacht, und damit hat die Sozialdemokratie immer noch ihr ureigenstes Projekt: *Freiheit heisst das Recht eines jeden Menschen, sein Leben so weit wie möglich selbst zu bestimmen. Und die Grenze setzt nur das gleiche Recht des Mitmenschen.*

Wenn das so ist, dann ergibt sich daraus zwingend, dass man diesen Freiheitsbegriff nicht ausklammern kann aus dem Erwerbsleben der Menschen, aus der Produktion – was die Konservativen tun. Sie sind für politische Freiheiten, jawohl, für die klassischen politischen Freiheiten, aber sie denken den Freiheitsbegriff nicht zu Ende im Hinblick auf die Produktion oder das Erwerbsleben.

Und daher heisst Freiheit für uns auch Demokratisierung der Wirtschaft. Wir können erst dann von einer freien Gesellschaft reden, wenn der Freiheitsbegriff auch Eingang gefunden hat in die Wirtschaft und in die Arbeitswelt. Darum sind Sozialdemokraten für Mitbestimmung und Betriebsverfas-

sung. Darum denken sie darüber nach, wie diese Wirtschaftsdemokratie weiter ausgebaut werden und mit neuem Leben erfüllt werden kann.

Ich bin auch dafür, dass wir bestimmte Methoden, die wir anwenden, immer wieder überprüfen, ob sie das gewünschte Ergebnis noch haben werden. Es geht um das Ziel. Es geht um Freiheit und Demokratie auch in der Wirtschaft, und wir sind alle aufgerufen, immer wieder darüber nachzudenken, welche Instrumente wir denn einsetzen, um Freiheit und Demokratie auch im Produktionsprozess erfahrbar zu machen.

Kapitaleinkommen und Erwerbseinkommen

Wir haben ein weiteres grosses Thema in der deutschen Sozialdemokratie, neben der Steuerreform. Das ist das Thema der Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

Wir haben doch eine Wirtschaftsordnung, in der folgendes Gang und Gäbe ist: Zu Beginn stellt einer das Kapital zur Verfügung, und die anderen stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung. Dann beginnt der Produktionsprozess. Es entsteht neues Vermögen. Es werden Maschinen gekauft, Hallen gebaut, neue Grundstücke erworben, und der Zuwachs dieses Vermögens kommt allein demjenigen zugute, der das Kapital am Anfang zur Verfügung gestellt hat, obwohl der Zuwachs dieses Vermögens nur möglich ist, weil die anderen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Eine demokratische Gesellschaft braucht nach unserer Überzeugung – wenn sie gerecht und sozial sein will – die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen, weil sie es ja erarbeitet haben, dieses Produktivvermögen.

Im übrigen gibt es neben dieser tiefen demokratischen Begründung auch eine ökonomische Begründung. Es ist überhaupt nicht zu leugnen, dass etwa bei uns in der Bundesrepublik die Kapitaleinkommen sich viel besser entwickeln als die Erwerbseinkommen. Nach meiner Auffassung hat dies eine strukturelle Komponente. Wenn immer mehr Kapital eingesetzt wird, dann muss sich ja auch bei der Verteilung der Kapitaleinkommen etwas verschieben. Und wenn dies so ist und wenn dieser Trend seit Jahren zu beobachten ist, dann bietet sich doch die Möglichkeit an, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapitaleinkommen zu beteiligen.

Wir haben diesen Weg noch nicht erprobt. Er ist auch deshalb noch nicht erprobt worden, weil es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung kontroverse Positionen dazu gibt. Aber ich glaube, angesichts der Entwicklung weltweit, der Entwicklung auch der Kapitaleinkünfte im Verhältnis zu den Erwerbseinkünften, kommen wir an solchen Lösungsmodellen nicht vorbei. Ich kann mir auf jeden Fall eine Demokratisierung der Wirtschaft nicht vorstellen, ohne dass auch geredet wird über die hohe Konzentration des Kapitals und ohne dass darüber geredet wird, wie es zu demokratischeren Mechanismen kommt im Produktionsprozess.

Den Freiheitsbegriff zu Ende gedacht

Ich sprach von drei grossen Zielen unserer Gesellschaft: Von der Erhaltung des Friedens, von der Bewahrung unserer Umwelt und von der gerechteren Verteilung der Güter und Dienstleistungen. Die Ziele erfordern eine konsequente Politik. Diese konsequente Politik muss sich orientieren an Grundwerten. Die Grundwerte der Sozialde-

mokraten sind Freiheit und Solidarität. Sie begreifen diese beiden Grundwerte als nicht getrennt voneinander vorstellbar und denkbar, und dadurch unterscheidet sich unsere Politik von der Politik konservativer Parteien.

Noch einmal: Die Sozialdemokratie hat den Freiheitsbegriff zu Ende gedacht. Sie ist zu definieren als eine politische Bewegung, die den Begriff auch integrieren will in den Produktionsprozess und in das Erwerbsleben.

Gemeinsame Tradition

Wir haben eine gemeinsame grosse Tradition, auf die wir stolz sein können: Wir standen immer auf der Seite derjenigen, die soziale Gerechtigkeit durchsetzen wollten und die den Frieden sichern wollten. Und wenn die Konservativen sich oft mit uns auseinandersetzen, etwa nach dem Motto «Freiheit oder Sozialismus», wenn sie die Motive der Sozialdemokratie in Frage stellen, dann dürfen wir immer an eines erinnern: Die beiden grossen Katastrophen, die in diesem Jahrhundert über Europa hereinbrachen, sie kamen niemals von links, sondern immer aus der rechten Ecke. Das macht die Tradition der Sozialdemokratie aus. Auf dieser Tradition fassen wir. Auf den Grundwerten, die diese Tradition ausgemacht haben, bauen wir unsere Politik auf.